

Beschluss des Landrats vom 27.08.2026

Nr. 1945

59. Sicherung forstlicher Leistungen im Investitionshaushalt 2025/307; Protokoll: pw

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Simon Tschendlik (Grüne) sagt, dieser Sommer habe gezeigt, dass es bei der Motion um etwas sehr Bodenständiges gehe. Der Wald ist im Kanton Basel-Landschaft eine zentrale grüne Infrastruktur. Er bietet Schutz vor Naturgefahren, Klimaleistungen, Biodiversität, Erholung und regionaler Wertschöpfung. Diese Leistungen entstehen nicht von alleine, sondern durch eine lange, vorausschauende und wichtige Pflege. Diese Pflege scheitert heute aber regelmässig am gleichen Problem: Die diversen Sparrunden werden Jahr für Jahr im Budgetprozess verhandelt. Damit ist die Planung volatil, planungsunsicher und anfällig für Sparrunden.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung der Motion mit der Begründung, dass es finanzrechtlich gar nicht umsetzbar sei, weil der Kanton nicht über fremdes Eigentum verfügen könne und Investitionen per se eigene Vermögenswerte seien, die geschaffen werden müssten. Genau hier liegt das Problem. Der Regierungsrat ist nicht einmal bereit, ernsthaft zu prüfen, ob und wie eine investive Logik für forstliche und mehrjährig wirksame Leistungen abgebildet werden könnte, sondern erklärt von vornherein, dies sei nicht möglich. Aus Sicht von Simon Tschendlik greift dies viel zu kurz, und zwar aus drei Gründen. Erstens kennt das HRM2 sehr wohl Instrumente wie Investitionsbeiträge an Dritte für Investitionen im öffentlichen Interesse. Solche Beiträge können ausdrücklich an Zweckverbände, Private oder Genossenschaften ausgerichtet werden – auch in Form von fondsperdu-Beiträgen. Das ist keine exotische Idee, sondern integraler Bestandteil von HRM2. Zweitens tätigt die öffentliche Hand seit Jahrzehnten Investitionen und investive Beiträge zugunsten von Privateigentum, wenn damit öffentliche Aufgaben erfüllt werden, z. B. im Wasserbau, im Hochwasserschutz, bei Schutzbauten oder bei Infrastrukturen, auch wenn sie auf privatem Grund liegen, aber über Dienstbarkeit und Nutzungsrecht gesichert werden können. Dies sind Beiträge, die als Investitionsbeiträge geführt werden, was in der Praxis entsprechend dokumentiert ist. Und drittens bleibt die zentrale Frage bestehen, ob das heutige Vorgehen überhaupt politisch legitim ist. Wie werden derzeit mehrjährige präventive Waldleistungen so gesichert, dass sie nicht jährlich neu Teil der Budgetdebatte werden und dann zum Teil auch geopfert werden? Das Aufschieben der Jungwaldpflege, der Schutzwaldpflege, der klimaangepassten Waldentwicklungen oder der Wiederherstellungen nach Schadenereignissen führt nicht zu Einsparungen. Sie kommen einem Kredit in der Zukunft gleich und führen zu höheren Folgekosten und damit auch zu höheren Risiken, weil sie Ereignisse zur Folge haben. Noch ein Punkt zur Eigentumsfrage: Der Regierungsrat argumentiert, dass die Fragestellung letztlich nur den Staatswald von rund 600 Hektaren und somit 3 % der Waldfläche betreffe. Hier wird die Absurdität der Nicht-Prüfung ersichtlich. Die entscheidenden öffentlichen Wirkungen des Walds – Schutz vor Naturgefahren, Klimaleistungen, Biodiversitätsleistungen und Erholungsleistungen – enden nicht an der Eigentumsgrenze. Werden gesetzlich und faktisch öffentliche Interessen am gesamten Wald verfolgt, muss der Kanton mindestens prüfen, ob es dafür ein passendes mehrjähriges Finanzierungsinstrument gäbe – statt von vornherein zu sagen, es gehe nicht. Simon Tschendlik verlangt nicht, dass ab morgen die ganze Pflegearbeit aktiviert wird. Er verlangt aber eine saubere Prüfung und eine Vorlage mit Kriterien. Er bittet um Zustimmung zur Motion.

Reto Tschudin (SVP) sagt, der langfristige Erhalt des Waldes sei auch der SVP-Fraktion wichtig. Um das Anliegen der Motion umzusetzen, wären allerdings zahlreiche Anpassungen erforderlich. Doch auch ohne HRM2 würde es sich weiterhin um Verwaltungsvermögen handeln, und Verwaltungsvermögen und Investitionsrechnung schneiden sich ein. Das Aktivieren von Dritteigentum in der Kantonsrechnung respektive in der Investitionsrechnung erachtet die SVP-Fraktion ebenfalls als nicht zulässig. Entsprechend handelt es sich letztlich dennoch um einen Beitrag, der für Dritte gesprochen werden muss – abgesehen von den 3 % Staatswald. Solche Beiträge gehören entsprechend in den Aufgaben- und Finanzplan (AFP), was nicht der Forderung der Motion entspricht. In der SVP-Fraktion gibt es einige Personen, die im und um und mit dem Wald arbeiten. Das Begehren ist verständlich, aber formell führt der Vorstoss nicht zum gewünschten Ziel. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) erinnert Simon Tschendlik daran, dass eine Motion eine Forderung beinhalte, und nicht nur Prüfung sei. Mit der Motion wird gefordert, dass die forstlichen Pflege- und Erhaltungsprojekte künftig als Investitionen im Finanzhaushalt geführt werden. Damit würde die Finanzierung dieser Massnahmen im Rahmen des ordentlichen Investitionsprogramms und somit der Investitionsrechnung unabhängig des konsumtiven Budgets erfolgen. Der Sektor Wald würde sich somit der Erfolgsrechnung und dem ordentlichen Budgetprozess entziehen und gegenüber anderen Sparten ungebundener Ausgaben bessergestellt. Dies würde den Finanzspielraum für die anderen Aufgaben bei Finanzknappheit einschränken.

Dieses Jahr wurde ersichtlich, dass sowohl der Wald als auch die Felder leiden. Der Bedarf ist unbestritten und es besteht punktuell sicher Bereitschaft, Hilfe zu leisten. Am Vortag hat der Bundesrat CHF 17,5 Mio. Hilfe für den Wald gesprochen und er ist auf Antrag des Parlaments auch bereit, dies in Zukunft zu tun. Die Mitte kann deshalb weder Motion noch Postulat zustimmen. Der Landrat hat in der Vergangenheit seine Unterstützungsbereitschaft bei Notlagen für den Wald bewiesen. Zum Beispiel wurde im Budget 2026 die Kürzung des Regierungsrates von jährlich CHF 200'000.– für die nächste Periode abgelehnt und im 2024 wurde das bestehende Budgetniveau für die Jahre 2025 bis 2028 um jährlich eine CHF 0,5 Mio. erhöht. Die Mitte-Fraktion begrüsst ausserdem die vom Regierungsrat beabsichtigte Prüfung von verwaltungsinternen Effizienzsteigerungsmassnahmen, damit das vorhandene Budget für die aktive Waldpflege verfügbar bleibt.

Adil Koller (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze eine Überweisung als Postulat, damit ein besseres Finanzinstrument für die Investitionen in den Wald und das Problem der volatilen Beiträge gefunden werden kann. Ziel ist eine längerfristige Planung. Es ist sinnvoll, dies genauer anzuschauen. Eine Prüfung ist mit der einseitigen Ablehnungsbegründung noch nicht erfolgt.

Nadine Jermann (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion folge dem Regierungsrat und lehne die Motion und ein allfälliges Postulat ab. Warum? Die Sicherstellung der Waldfunktion erfolgt bereits heute im Rahmen der geltenden Waldgesetzgebung durch Bund, Kanton sowie durch Finanzhilfen, die an die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer gehen. Wie gehört, ist die aktuelle Lage besonders, aber es wurden bereits Beiträge gesprochen. Die Begründung betreffend die Finanzierung des Waldes als Infrastruktur über die Investitionsrechnung ist finanzrechtlich nicht sachgerecht. Nach HRM2 ist der Wald als Verwaltungsvermögen abgebildet und Unterhalt sowie Bewirtschaftung sind konsequent über die Erfolgsrechnung zu finanzieren. Entsprechend sind darüber Beiträge zu sprechen. Die FDP-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf.

Gzim Hasanaj (Grüne) zitiert aus einem Interview mit André Hoffmann, einem Wirtschaftsführer, das in den letzten Tagen in der Zeitung war: *«In unserer heutigen Rechnung besitzt er [der Baum] vor allem dann einen klaren wirtschaftlichen Wert, wenn er tot ist und als Holz verkauft wird. Dabei erbringt ein lebender Baum laufend Leistungen, er bindet CO₂, produziert Sauerstoff, speichert*

Wasser und trägt zum Funktionieren eines ganzen Ökosystems bei. Sein Wert ist deshalb um ein Vielfaches grösser als der Preis seines Holzes.» André Hoffmann, der selber sagt, dass er kein Grüner sei, hat den Ernst der Lage begriffen. Er sagt, dass in diesem Bereich unbedingt etwas gemacht werden muss.

Die Motion fordert, dass der Regierungsrat dem Landrat eine Vorlage zur Anpassung der Finanzpolitik und Haushaltsführung des Kantons Basel-Landschaft betreffend die Waldbewirtschaftung vorlegt. Natürlich kann man sich nun hinter regulativen Spitzfindigkeiten verbergen, Ausreden finden und nichts tun. Aber es könnte auch eine Lösung erarbeitet werden. Der Regierungsrat könnte auf der Grundlage des Vorstosses eine brauchbare Lösung präsentieren, z. B. analog zum Kanton Solothurn, wo es ein Globalbudget gibt.

An dieser Stelle ein grosses Lob an den Landratspräsidenten für seine gute Antrittsrede, in der es unter anderem um Effizienz und Effektivität ging. Gzim Hasanaj ist ebenfalls für Effizienz und Effektivität, die sich darin zeigen, dass das Richtige richtig gemacht wird. Hier gäbe es dafür nun die Möglichkeit, das Richtige für den Wald zu tun. Der Landrat verschiebt aber allzu häufig Postulate von einem Stapel auf den nächsten und beschwert sich gleichzeitig, der Ratsbetrieb sei nicht effizient. Dabei ist es der Landrat selber, der sich und die Verwaltung mit diesen Postulaten beschäftigt, die einem vielfach nicht weiterbringen. Und was macht der Regierungsrat? Er lehnt die Überweisung eines Vorstosses als Motion fast immer ab und sabotiert damit eigentlich die Arbeit des Parlaments. Der Landrat hat es als gesetzgebendes Organ aber in der Hand: Möchte er ein Gesetz ändern, kann er dies mit den entsprechenden Mehrheiten tun. Gzim Hasanaj bittet darum, das Richtige zu tun, den Vorstoss als Motion zu überweisen und den Regierungsrat in die Pflicht zu nehmen, etwas für den so wichtigen Wald zu unternehmen. Habt Mut und macht das Richtige! Die Schwarmintelligenz der 90 Landratsmitglieder ist grösser als jene der fünf Regierungsräte. Die Grünen werden die Motion unterstützen, die EVP eher ein Postulat.

Tim Hagmann (GLP) findet erstaunlich, welche Gründe immer wieder gefunden werden, um dringliche und notwendige Themen nicht anzugehen. Die Tochter von Tim Hagmann ist vor kurzen ins zweite Kindergartenjahr gestartet und ist nun ein stolzer Schmetterling. Stolz ist sie auch am ersten Tag nach den Sommerferien aus dem Wald nach Hause gekommen: Sie haben ein Herbstbild gemacht mit den wunderbaren Herbstblättern im Wald. Und das im Sommer! Der Wald leidet. Der Bedarf ist unumstritten. Aber was wird gemacht? Es werden lediglich homöopathische Dosen abgegeben und Mini-Pflasterchen aufgeklebt. Mit der vorliegenden Motion kann das Thema hingegen langfristig angegangen werden. Im Namen der GLP-Fraktion bittet der Redner den Vorstoss zu unterstützen – sei es nun als Motion oder als Postulat.

Natalie Oberholzer (Grüne) sagt, die Motion sei nicht nur im Interesse von Forstbetrieben, sondern im Interesse aller. Natalie Oberholzer möchte nun als Biologin, Waldpädagogin, aber auch als Person, die am Waldrand wohnt und täglich die Waldleistungen sieht und spürt – wozu leider nicht alle die Möglichkeit haben – auf die Wichtigkeit des Waldes zu sprechen kommen. Der Wald erbringt lebenswichtige Leistungen, auf die nicht verzichtet werden kann. Diese Leistungen sind genauso existenziell wie die Landwirtschaft für die Ernährung. Die Unverzichtbarkeit der vielseitigen Waldleistungen ist offenbar noch nicht allen wirklich bewusst. Funktionierender Wald und intakte Ökosysteme sind nicht einfach schützenswert, weil sie ein schönes Landschaftsbild abgeben, sie sind nicht einfach *nice to have*. Waldschutz ist Menschenschutz. Ohne die Waldleistungen kann der Mensch nicht überleben. Der Mensch ist von ihnen abhängig. Der Wald reguliert den Wasserhaushalt, sorgt für sauberes Trinkwasser, schützt vor Steinschlag, sorgt für kühles Lokalklima im benachbarten Siedlungsraum und so weiter. Die überlebenswichtigen Leistungen eines Waldes müssen jetzt und in der Zukunft gesichert werden. Gerade in der heutigen Zeit, in der der Wald durch den Klimawandel unter Druck steht, sind Investitionen in die grüne Infrastruktur und in die grüne Lunge nötiger denn je. Die Leistungen des Waldes sind nicht nur systemrelevant, sondern

müssen auch gemäss nationalem Waldgesetz erhalten werden. Dort heisst es, der Wald sei so zu bewirtschaften, dass er seine Funktionen dauernd und uneingeschränkt erfüllen kann. Um dies zu erfüllen, braucht es zwingend Planungssicherheit und einen verbindlichen Rahmen. Deshalb muss der Wald endlich als Infrastruktur anerkannt werden. Natalie Oberholzer bittet um Unterstützung der Motion.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) stellt fest, es sei viel Wichtiges zugunsten einer Finanzierung des Waldes über die Investitionsrechnung zu hören gewesen. Die Rednerin möchte nun als bürgerliche Stimme ebenfalls eine Lanze für den Vorstoss brechen. Der Wald ist ein hohes Gut der Volkswirtschaft und für alle 24 Stunden eines jeden Tages verfügbar. Insbesondere in diesem Jahr ist aufgrund der ausserordentlichen Hitzewelle die Planung der Ausgaben im Investitionsprogramm zugunsten von Pflege- und Erhaltungsprogrammen noch wichtiger geworden. Für den einen oder anderen sind die Einwände des Regierungsrates in gewisser Hinsicht nachvollziehbar, aber es gibt andere Möglichkeiten, die Finanzierung des Waldes planbar zu machen – sofern man dies denn möchte. Béatrix von Sury d'Aspremont wird deshalb sowohl ein Postulat als auch eine Motion unterstützen, damit der Regierungsrat prüft, was es für weitere Möglichkeiten gibt. Der Landrat trägt auch für die nachfolgenden Generationen eine Verantwortung und kann sich nicht einfach herausreden, normative Vorgaben würden eine solche Finanzierung nicht ermöglichen. Es müssen die notwendigen Massnahmen getroffen werden, um den Wald für die Zukunft fit zu erhalten. Wie der Finanzdirektor an der letzten Sitzung gesagt hatte, wird die Finanzlage einen nicht im Stich lassen. Also lassen wir den Wald auch nicht im Stich und sagen Ja zum Vorstoss!

Thomas Noack (SP) stellt fest, dass es im Rahmen der Waldgesetzgebung offenbar nicht möglich sei, dem Anliegen nachzukommen. Der Landrat ist aber der Gesetzgeber. Der Regierungsrat sei deshalb gebeten, sich zu überlegen, wie die bestehenden Gesetze allenfalls angepasst werden könnten. Simon Tschendlik verlangt mit seiner Motion eine Anpassung der Finanzpolitik. Möglicherweise ist das ordentliche Investitionsbudget aber nicht ganz der richtige Weg und die Motion etwas zu eng gefasst. Thomas Noack schlägt deshalb vor, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit der Regierungsrat prüfen kann, ob eine Anpassung anderer Gesetze zielführender wäre, um das Problem zu lösen. Man sollte sich nicht hinter den bestehenden Gesetzen verstecken. Wesentlich ist, dass die Waldpflege nicht nur den Wert des Holzertrags erhöht, sondern ein sehr grosses öffentliches Interesse dahintersteht – egal ob es sich nun um Staatswald oder privaten Wald handelt. Die Investitionen in die Waldpflege sind eine Investition in die Zukunft – dabei geht es um den Wasserhaushalt, die Biodiversität oder den Schutz vor Naturgefahren, also um wesentliche öffentliche Interessen. Der Landrat tut gut daran, die Gesetze entsprechend anzupassen, um das öffentliche Interesse finanziell unterstützen und begleiten zu können.

Marco Agostini (Grüne) erinnert sich an eine Diskussionsrunde im Telebasel, die kürzlich stattgefunden hatte. Teilgenommen hatten der Landratspräsident, Regierungsrat Isaac Reber und Caroline Mall. Eines der Themen war die Trockenheit. Caroline Mall sagte, dass die grosse Trockenheit mit dem ersten Regen wieder vergessen werde. Die linke Seite vergisst aber nicht und weist schon seit 40 oder 50 Jahren auf die Situation hin. Marco Agostini ist enttäuscht, vor allem von der SVP, dass nicht zumindest einem Postulat zugestimmt wird, damit die Thematik geprüft werden kann. Man sollte meinen, die SVP würde einstehen für die Waldbesitzer, den Wald und die Natur.

Simon Tschendlik (Grüne) wandelt den Vorstoss in ein Postulat um.

Zur Mitte-Fraktion: Die Aussage, dass es gut funktioniere, überrascht. Im letzten Jahr haben der Regierungsrat und der Landrat reagiert und haben CHF 200'000.– gesprochen. Dies entspricht rund CHF 9.– pro Hektare. Dies ist wahrlich ein fürstlicher Betrag! Auch bei den CHF 17 Mio., die Bundesrat Röstli nun gesprochen hat, handelt es sich eigentlich um Geld, das Mitte Sommer ge-

strichen wurde und nun wieder aufgestockt wird – ein Etikettenschwindel. Es gibt zu wenig Geld für den Wald und man schiebt eine riesige Bugwelle vor sich her.

Zur FDP-Fraktion: Die Waldleistungen werden nicht erfüllt. Als Hans Carl von Carlowitz vor rund 300 Jahren, im Jahr 1713, im Erzgebirge zum ersten Mal in seiner *Sylvicultura oeconomica* die Nachhaltigkeit beschrieben hatte, hat er darauf hingewiesen, es könne kein Bergbau mehr betrieben werden, wenn es kein Holz mehr gebe. Denn zum Absichern der Stolzen brauche es Holz. Deshalb solle nur so viel Holz geerntet werden, wie wieder nachwächst.

Heute ist man im Wald jedoch nicht mehr nachhaltig unterwegs. Weil die Planbarkeit fehlt, werden zu wenig Leute ausgebildet. Entsprechend werden auch weniger Maschinen beschafft und der Waldumbau wird nicht genügend vorangetrieben, obwohl die dringend notwendig wäre. Die Waldeigentümer müssen im neuen Waldpflegeprogramm im Klimawandel 30 % Eigenleistung aufbringen. In strukturschwachen Regionen ist das extrem herausfordernd. Eine Pflanzung kostet bis zur Adoleszenz CHF 30.–. Es wird mit Umtriebszeiten von 100 Jahren gerechnet. Wird der Betrag über 100 Jahre verzinst, handelt es sich um gewaltige Summen. Im Forstrevier von Simon Tschendlik wurden die Beträge mit einer wissenschaftlichen Arbeit erhoben. Der Klimawandel kostet bei einer Erwärmung von 3,1 Grad kostet zwischen CHF 400'000.– und CHF 800'000.–; selbst wenn nur die neuralgischen, wichtigsten Punkte gemacht werden (Erholungsinfrastruktur, Schutzwald). Simon Tschendlik bittet nicht um mehr Geld, sondern möchte mit dem vorliegenden Vorstoss die Investitionslogik ändern, damit die Betriebe künftig besser planen und Ausbildungsplätze schaffen können. Auch die Bürgergemeinden und Einwohnergemeinden sollen vorausplanen und Geld einplanen können. Dies ist aber nicht möglich, wenn jedes Jahr ein Auf- und Abwärtskurs stattfindet.

Simon Tschendlik appelliert, vernünftig zu sein und die heutige systemische Logik anzupassen. Denn so funktioniert es nicht mehr. Draussen gibt es eine neue Situation – die mittlerweile alle akzeptiert und anerkannt haben –, deshalb braucht es auch auf Gesetzesebene eine neue Logik. Dies sollte zumindest geprüft werden. Man sollte sich nicht einfach hinter fiskalpolitischen Regelwerken verstecken. Der Wald wird an die nächsten Generationen übergeben und jede und jeder, die oder der sich heute versperrt, muss dann selber noch in den Spiegel schauen können, wenn den Grosskindern und Ur-Grossenkeln erklärt werden muss, weshalb nicht gehandelt wurde.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) stellt fest, der Vorstoss sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Mit 46:32 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
